

Verantwortungsbewusstsein

Freiheitsrechte

Medien

Engagement

Partizipation

Globalisierung

Digitalisierung

Normen

Toleranz

Konsensfähigkeit

Menschenwürde

Migration

Werte

Menschenrechte

Demokratie

Europa

Bayerische Verfassung

Grundgesetz

Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen





STAATSINSTITUT FÜR SCHULQUALITÄT
UND BILDUNGSFORSCHUNG
MÜNCHEN

GESAMTKONZEPT FÜR DIE POLITISCHE BILDUNG AN BAYERISCHEN SCHULEN

Vorwort des Bayerischen Staatsministers für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst	5
1. Politische Bildung als Auftrag für die Lehrkräfte an bayerischen Schulen im Überblick	7
2. Politische Bildung an den Schulen in Bayern	8
2.1 Möglichkeiten und Herausforderungen Politischer Bildung.....	8
2.2 Politische Bildung unter den Bedingungen der modernen Medien- und Kommunikationswelt.....	10
3. Verbindlicher Rahmen für Politische Bildung an den Schulen und Anknüpfungspunkte für Schwerpunktsetzungen/fakultative Entwicklungs- perspektiven	12
3.1 Das fächerübergreifende Bildungs- und Erziehungsziel Politische Bildung als verbindliches Unterrichtsprinzip.....	12
3.2 Politische Bildung in ihren Leitfächern und in weiteren Fächern.....	17
3.3 Politische Bildung als verpflichtendes Element in der Lehrer-Aus- und Fortbildung.....	22
3.4 Außerschulische Lernorte der historisch-politischen Bildung.....	23
3.5 Zusammenarbeit mit externen Partnern.....	28
3.6 Teilnahme an Schülerwettbewerben.....	30
3.7 Politische Bildung im Erfahrungsraum Schule: Möglichkeiten und Chancen der Mitwirkung.....	31
3.8 Politische Bildung als Element der Schul- und Qualitäts- entwicklung.....	35
4. Das Internet-Portal „Demokratielernen“ und weitere spezifische Online-Angebote	36

Vorwort des Bayerischen Staatsministers für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst

Unsere Bayerische Verfassung verpflichtet dazu, die Schülerinnen und Schüler „im Geiste der Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinne der Völkerversöhnung zu erziehen“ (Art. 131 Abs. 3). Aktuell wird besonders deutlich, wie weitsichtig dieser Verfassungsauftrag ist und wie grundlegend es ist, dass alle Lehrerinnen und Lehrer an allen Schulen in Bayern Politische Bildung im Unterricht – und nicht nur dort – umsetzen. Sie müssen dies tun als überzeugte und überzeugende Botschafter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auf der Basis des Grundgesetzes, der Bayerischen Verfassung und der weiteren maßgeblichen rechtlichen Bestimmungen.

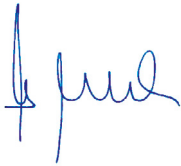
Das vorliegende neugefasste „Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen“ konkretisiert im Rang einer verbindlichen Kultusministeriellen Bekanntmachung diesen Auftrag mit Blick auf die neuen Lehrpläne in allen Schularten mit dem dort verankerten verbindlichen fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungsziel „Politische Bildung“. Gerade europa- und weltweite Entwicklungen führen heute die Unverzichtbarkeit systematischer, nachhaltiger und praxisnaher Politischer Bildung aktuell besonders eindringlich vor Augen. Die zunehmende gesellschaftliche Heterogenität, Auswirkungen der Globalisierung wie der Digitalisierung seien hier nur beispielhaft genannt. Die Schule ist nicht der einzige Ort dafür, auf diese Herausforderungen vorzubereiten, aber ein entscheidender.

Politische Bildung hat in allen Schularten ihren Platz und nicht nur in den jeweiligen Leitfächern. Sie ist übergeordnetes Bildungsziel, das im gesamten Fächerspektrum angemessene Beachtung finden muss. Dabei zielt sie zum einen auf den Erwerb von gesichertem Wissen, um sich in einer komplexen und vielfach unübersichtlichen Welt urteilssicher und verantwortungsvoll orientieren zu können. Zum anderen zielt sie auf die Fähigkeit, dieses Wissen im gesellschaftlich-politischen Prozess zur konstruktiven Gestaltung der Zukunft einzusetzen, auf der Basis einer gefestigten demokratischen Kultur. Über die Institutionenkunde hinaus setzen Unterricht und Schulleben besonders auf Simulationstechniken, Planspiele oder Debatten, in denen demokratische Spielregeln nachhaltig trainiert werden. Politische Bildung ist damit ein wichtiges Element der Normenvermittlung und Werteerziehung. Als gefestigte Persönlichkeiten sollen unsere Schülerinnen und Schüler bereit und in der Lage sein, sich gesellschaftlich zu engagieren und als mündige Bürger aktiv am politischen Prozess teilzunehmen. Sie sollen wesentliche Aufgaben darin sehen, politische und religiöse Toleranz zu üben und zur Förderung eines friedlichen Europas der regionalen Vielfalt ebenso beizutragen wie zum Erhalt einer lebenswerten Umwelt. Politische Bildung ist dabei immer auch Medienerziehung. Denn je tiefergreifend sich unsere Welt medial verändert, umso mehr brauchen die Menschen Orientierung sowie Raum und Zeit zur kritischen Reflexion der eigenen Kommunikation und der wesentlich über (digitale) Medien vermittelten Wahrnehmung gesellschaftlicher und politischer Wirklichkeit.

Das die aktuellen Herausforderungen berücksichtigende Gesamtkonzept gibt allen Schulleiterinnen und Schulleitern sowie den Lehrkräften aller Schularten und aller Fächer den verbindlichen Rahmen für die Umsetzung der Politischen Bildung an den Schulen in Bayern vor. Es fasst wichtige Grundsätze zusammen und unterstützt ihre Arbeit mit Hinweisen auf die gesamte Bandbreite der nachhaltigen Gestaltung Politischer Bildung im Schulbereich sowie weiterführender Angebote der Politischen Bildung im künftigen Online-Unterstützungsportal „Demokratieerziehung“.

Uns allen ist die verantwortungsvolle Aufgabe von Demokratie als Prinzip menschlichen Miteinanders gestellt: Denn diese unsere Demokratie setzt auf Menschen, die anspruchsvoll, urteilsfähig, verantwortungsvoll-engagiert sowie ausdauernd sind und die sich dessen bewusst sind, dass es für die vielfältigen und komplexen Fragen von Gegenwart und Zukunft belastbarer und nachhaltiger Lösungen bedarf. Jeder neuen Schülergeneration müssen wir vermitteln, dass die notwendigen Mühen demokratischer Prozesse sich lohnen, für unsere Sicherheit, unsere Freiheit und unser friedliches Zusammenleben.

München, im September 2017



Dr. Ludwig Spaenle
 Bayerischer Staatsminister
 für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst

1. Politische Bildung als Auftrag für die Lehrkräfte an bayerischen Schulen im Überblick

Schule bereitet die Schülerinnen und Schüler zusammen mit den Erziehungsberechtigten auf ihr Leben in Beruf, Gesellschaft und Staat vor. Wesentlicher Maßstab sind dabei die durch die Bayerische Verfassung (BayVerf) vorgegebenen Bildungs- und Erziehungsziele (Art. 131 BayVerf). Zugleich legt Schule das Fundament für eine umfassende historisch-politische Grundbildung.

Zentraler Stellenwert der Schule bei der Politischen Bildung

Als dezidiertes Verfassungsauftrag ist Politische Bildung in Bayern deshalb ein für alle Lehrkräfte verpflichtender Bestandteil von Unterricht und Schulleben und ist als fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel „Politische Bildung“ Unterrichtsprinzip in allen Fächern (vgl. Kap. 3).

Politische Bildung als Verfassungsauftrag und Unterrichtsprinzip

Schule ist ein Ort, an dem demokratisches Handeln gelebt und reflektiert wird. SMV, Schulforum, Schulverfassung, Klassenrat u. a. geben den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, sich zu beteiligen und eigene Interessen zu vertreten. Sie können in diesem Kontext auch Kompetenzen wie Verantwortungsbewusstsein, Konsensfähigkeit und Toleranz zeigen und vertiefen.

Demokratische Gestaltung des Schulalltags

Zu den zentralen Aufgaben der Politischen Bildung in der Schule gehört es, die Grundlagen der demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung einschließlich ihres im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und in der Bayerischen Verfassung gründenden Wertekonsenses systematisch zu vermitteln und zu Demokratiefähigkeit zu erziehen. Um sich als mündige Bürgerin und mündiger Bürger am politischen Leben und aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen zu können, benötigen die Schülerinnen und Schüler Politische Bildung, die u. a. auch Elemente einer reflektierten Erinnerungskultur enthält. Diese stärkt ihr moralisch wie demokratisch begründetes Orientierungsvermögen und soll sie auch davor bewahren, sich in den Bann von Extremisten gleich welcher Richtung ziehen zu lassen.

Demokratiefähigkeit als wesentliche Aufgabe der Politischen Bildung

Die Schülerinnen und Schüler leben und lernen Demokratie in Respekt vor ihren Mitmenschen und in der Verantwortung für das Gemeinwesen. Sie erfahren dies als permanente Befähigung zur politischen Teilhabe. Sie verfügen gemäß ihrem jeweiligen Entwicklungsniveau über die notwendige Orientierungs-, Handlungs-, Urteils- und Methodenkompetenz in einer medial geprägten Welt. Da der Prozess der Kompromissfindung ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie ist, lernen die Schülerinnen und Schüler im Laufe ihres Bildungsgangs eine Diskussionskultur zu praktizieren, die auf rationalen Argumenten und der Einhaltung kommunikativer Mindeststandards beruht und Perspektivität sowie Einsicht in die Notwendigkeit der Kompromissfindung beinhaltet. Dazu gehören neben einer gründlichen und umfassenden Informationsbeschaffung auch der Respekt vor dem Gegenüber sowie die Bereitschaft zuzuhören, Argumente abzuwägen und verantwortungsvoll Lösungen zu finden.

2. Politische Bildung an den Schulen in Bayern

Demokratieerziehung als Verfassungsauftrag und Grundlage für die Politische Bildung

Im Rahmen eines lebenslangen Prozesses Politischer Bildung kommt der Schule eine zentrale Rolle zu, da sie ausnahmslos alle schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen (vgl. Art. 129 BayVerf „Schulpflicht“) bzw. jungen Erwachsenen erreicht. Neben der Bayerischen Verfassung (BayVerf), dem Bayerischen Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) und den Lehrplänen für die politisch (-historische) Bildung an bayerischen Schulen sind insbesondere folgende Beschlüsse, Empfehlungen und Richtlinien grundlegend: der Beschluss der KMK zur Stärkung der Demokratieerziehung (06.03.2009), die Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung (Empfehlung CM/Rec (2010)7), die UN-Konventionen über die Rechte des Kindes sowie die Empfehlungen des Europäischen Rates zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen vom 18.12.2006.

Das hier vorliegende Gesamtkonzept ist verbindliche Vorgabe und soll der Unterstützung aller Lehrkräfte in Bayern dienen. Es konzentriert sich vor allem auf den inhaltlichen und didaktischen Rahmen für Unterricht und Schulleben, in dem Politische Bildung als aktiver Beitrag zur gelebten Demokratie sowie zur Gestaltung von Gesellschaft und Staat ihren festen Platz hat.

Praxisnahe Anregungen zur Umsetzung geben weitere Impulse, um Politische Bildung in Unterricht und Schulleben sowie an außerschulischen Lernorten systematisch zu implementieren.

Dieses Gesamtkonzept wurde mit Kultusministerieller Bekanntmachung vom 12. September 2017 in Kraft gesetzt und hat damit die gleiche Verbindlichkeit wie die geltenden Lehrpläne. Als Leitlinie zur Vermittlung Politischer Bildung an allen Schulen in Bayern verpflichtet das Gesamtkonzept sowohl die Schulleitungen als auch die Lehrkräfte aller Fächer und Schularten in Bayern, ihre dementsprechende Verantwortung wahrzunehmen.

2.1 Möglichkeiten und Herausforderungen Politischer Bildung

Aufgaben der Politischen Bildung in der Schule

Zu den Aufgaben der Politischen Bildung in der Schule gehört es insbesondere, die Grundlagen der demokratischen Gesellschaftsordnung einschließlich ihres Wertekonsenses systematisch zu vermitteln, Handlungskompetenzen anzubahnen und dabei auch die Toleranz-, Kritik- und Konfliktfähigkeit zu schulen, ohne die eine demokratische Ordnung und eine plurale Gesellschaft nicht bestehen können.

Bedeutung der historisch-politischen Bildung

Um aktuelle politische und gesellschaftliche Phänomene zu verstehen, die sich gegen die Demokratie und ihre Freiheitspostulate richten, müssen die Schülerinnen und Schüler lernen, diese in einen geschichtlichen Kontext einzuordnen. Beispiele dafür sind die Bedrohung durch fundamentalistische und extremistische Bewegungen oder auch die Herausforderungen, denen sich die Europäische Union – in ihrem Anspruch im globalen Umfeld ein starker Partner zu

sein – gegenüber sieht. Ganz unterschiedliche Phänomene wie Klimawandel, weltweite Migrationsbewegungen, neue Fundamentalismen, ökonomische und kulturelle Globalisierung sowie die digitale Revolution, die künftig noch deutlicher alle Bereiche unseres Lebens durchdringen und verändern wird, stellen weitere Handlungsfelder dar, in denen sich die kommenden Generationen bewähren müssen. Insbesondere eine fundierte historisch-politische Bildung hilft den Schülerinnen und Schülern dabei, diese Herausforderungen zu begreifen und zu bewältigen (vgl. Kap. 3.2).

Die Schülerinnen und Schüler erwerben im Laufe ihres Bildungsgangs folgende wesentliche Kompetenzen:

- Sie wenden vertiefte Kenntnisse politischer Ordnungsformen, von Bedingungen politischen Handelns und Abläufen auf allen Ebenen an.
- Sie erwerben die Fähigkeit zur Analyse von Sachverhalten in Politik und Gesellschaft und zur Einordnung in größere Zusammenhänge, um zu einem eigenständigen Urteil zu gelangen.
- Sie lernen vorliegende politische Entscheidungen und Urteile zu analysieren, einen eigenen Standpunkt zu entwickeln und eigene politische Urteile begründet zu fällen.
- Sie entwickeln auch durch die Analyse (zeit)geschichtlicher Prozesse die Fähigkeit, komplexe Lagen zu erfassen und dabei moralische Kategorien reflektiert und verantwortungsvoll zur Anwendung zu bringen.
- Sie lernen Staat, Politik und Gesellschaft zu verstehen und wirken – ihrem Alter gemäß – verantwortungsbewusst und solidarisch in der Demokratie mit, dabei zeigen sie die Fähigkeit zu Zivilcourage und konstruktiver Kritik.
- Sie setzen sich mit ethischen Begründungen und Deutungen politischen Handelns auseinander und verinnerlichen demokratische Wertvorstellungen und Einstellungen, die sie vertreten, leben und wenn nötig auch verteidigen.
- Sie kennen die Möglichkeiten der politischen Beteiligung und setzen sich mit ihrer erfolgreichen Anwendung in konkreten Situationen auseinander.
- Sie bringen politik- und gesellschaftsbezogene Meinungen sowie Interessen ein und vertreten diese dabei reflektiert.
- Sie lernen, ihre Kontrollfunktion als Bürgerin oder Bürger in der Demokratie wahrzunehmen, und wirken altersgemäß an politischen und gesellschaftlichen Diskursen mit, indem sie sich in der Schule und im Rahmen der jeweils bestehenden Möglichkeiten innerhalb der demokratischen Ordnung auf kommunaler, landes-, bundes- bzw. europaweiter Ebene aktiv beteiligen.
- Sie zeigen die Fähigkeit zu Empathie und Perspektivenübernahme, zeigen sich kooperationsfähig und berücksichtigen demokratische Spielregeln.

*Kompetenzen zur
Demokratiefähigkeit*

Politische Bildung ab der Vorschule

Bereits in vorschulischen Einrichtungen gilt es, kindgerecht die Bereitschaft und Fähigkeit zur Teilhabe an einer demokratischen Gesellschaft anzulegen und zu fördern.¹ Ab der Grundschule und auch in allen weiterführenden Schularten ist Politische Bildung als fächerübergreifende sowie fachliche Vorgabe in allen Lehrplänen verbindlich verankert.

Systematischer Aufbau von Demo- katiekompetenz in allen Schularten

Für politische Mündigkeit, die die verantwortungsvolle Bürgerin und den verantwortungsvollen Bürger kennzeichnet, ist Politische Bildung als ein lebenslanger Lehr- und Lernprozess grundlegend. Politische Bildung kann daher nicht nur durch die Schule erfolgen, sondern muss sich auch jenseits der Schule fortsetzen. Im Rahmen seiner Sozialisation ist der junge Mensch verschiedenen und unterschiedlich starken Einflüssen ausgesetzt, wodurch der Wirkungsmacht der Schule Grenzen gesetzt sind. Prägend sind – abgesehen von der Vermittlung „des Politischen“ in den Medien – neben der Schule insbesondere Familie, Freundeskreis, Ausbildungs- bzw. Arbeitsstätte, Vereine sowie die Zugehörigkeit zu einer Kirche, einer religiösen Vereinigung oder zu Parteien und ihren Jugendorganisationen.

2.2 Politische Bildung unter den Bedingungen der modernen Medien- und Kommunikationswelt

Demokratie- erziehung unter veränderten Rahmenbedin- gungen

Schülerinnen und Schüler leben heute in einer komplexen, medial geprägten Welt und sind mit einer zunehmenden Digitalisierung ihrer Lebenswelt im privaten, im schulischen Bereich und in der Arbeitswelt konfrontiert. Eine wichtige Voraussetzung für die Orientierung in einer medial geprägten Welt ist ein reflektiertes Wissen über ihre jeweiligen Chancen und Risiken.

Partizipation auch durch Digitali- sierung

Als eine Chance der Digitalisierung kann die in hohem Maße durch sie geschaffene partizipative Kultur verstanden werden, die vielfältige Teilhabemöglichkeiten für den Einzelnen eröffnet, so z. B. die Beteiligung an Online-Petitionen. Informationen sind leicht verfügbar, jeder kann sich öffentlich äußern, Medieninhalte schaffen und veröffentlichen und diese Inhalte massenhaft verbreiten. Somit wird allen Mitgliedern der Gesellschaft ermöglicht, die Öffentlichkeit und den hier stattfindenden Diskurs aktiv mitzugestalten.

Herausforderungen für die Medien- bildung/Digitale Bildung

Damit sind aber auch erhebliche Risiken verbunden, die sich z. B. auf Persönlichkeitsrechte, Datenschutz und Urheberrechte sowie den Schutz der Privatsphäre beziehen. Fälle von Cybermobbing, leicht zugänglichen jugendgefährdenden Inhalten sowie Internetsucht sind Beispiele für Fehlentwicklungen, denen eine umfassende Medienerziehung entgegenwirkt. Im Rahmen der Umsetzung der Politischen Bildung sind u. a. Entwicklungen zu thematisieren, die bewusst in die Meinungsbildung der Menschen eingreifen, z. B. wenn gezielt falsche Nachrichten veröffentlicht oder Wahlen durch Algorithmen in sozialen Netzwerken beeinflusst werden.

¹ Vgl. dazu auch: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen; Staatsinstitut für Frühpädagogik München (Hrsg.): Der Bayerische Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder in Tageseinrichtungen bis zur Einschulung. Berlin, 5., erweit. Aufl. 2012.

Medienbildung² und Sprachliche Bildung sind daher wesentlich für die Politische Bildung. Die Schulung und Ausbildung von Orientierungs- und Urteilsvermögen, Quellenkritik, Verantwortungsbewusstsein, Kommunikationsfähigkeit und Werteorientierung gehen mit diesen fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungszielen einher.

Es ist die Aufgabe jeder Lehrkraft, die Schülerinnen und Schüler entsprechend zu sensibilisieren und zu schulen. Die Lehrkräfte wirken auch hier als Vorbild für eine reflektierte, an Grundsätzen der Transparenz, Dialogfähigkeit und Fairness orientierte Nutzung von Sprache, Kommunikation und (digitalen) Medien.

*Medienbildung/
Digitale Bildung
als Aufgabe aller
Lehrkräfte*

2 Vgl. zur Medienbildung/Digitale Bildung u.a.: Beschluss der Kultusministerkonferenz: Medienbildung in der Schule. Beschluss vom 08.03.2012, Strategie der Kultusministerkonferenz: Bildung in der digitalen Welt vom 08.12.2016, KMBek „Medienbildung. Medienerziehung und informationstechnische Bildung in der Schule“ vom 24.10.2012, Digitale Bildung in Schule, Hochschule und Kultur – die Zukunftsstrategie der bayerischen Staatsregierung, Zukunftsstrategie Bayern Digital. Siehe außerdem zu weiterführenden Informationen im LehrplanPLUS und im Informationsportal mebis.

3. Verbindlicher Rahmen für Politische Bildung an den Schulen und Anknüpfungspunkte für Schwerpunktsetzungen/fakultative Entwicklungsperspektiven

Ganzheitlicher Ansatz als Erfolgsfaktor für Politische Bildung

Das Politische gehört – so schon Aristoteles – zu den Grundbedingungen des menschlichen Seins. Als *phýsei politikón zóon* ist der Mensch von Natur aus nicht nur ein soziales, sondern auch ein staatsbildendes Wesen, das sich in eigenem Interesse mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt.

Dimensionen Politischer Bildung in der Schule

Politische Bildung in der Schule verfolgt deshalb einen ganzheitlichen Ansatz und ermöglicht bewusst auch unterschiedliche Zugänge. Sie ist

- als fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel „Politische Bildung“ Unterrichtsprinzip in allen Fächern (vgl. Kap. 3.1).
- als selbstständiger Unterrichtsgegenstand insbesondere in den Leitfächern der Politischen Bildung fest in den Lehrplänen verankert (vgl. Kap. 3.2).
- im Rahmen von Einrichtungen zur Mitgestaltung des schulischen Lebens wirksam (gemäß Art. 62-73 BayEUG, vgl. Kap. 3.6).

Eigenverantwortlichkeit der Schule

In der Verantwortung der Einzelschule liegt es, Politische Bildung innerhalb dieses Rahmens konkret auszugestalten, thematische Schwerpunkte zu setzen und auch über Form, Inhalt und Intensität einer Zusammenarbeit mit externen Partnern zu entscheiden (vgl. Kap. 3.4f.).

3.1 Das fächerübergreifende Bildungs- und Erziehungsziel Politische Bildung als verbindliches Unterrichtsprinzip

LehrplanPLUS: FÜZ als Auftrag der Gesellschaft an Schule

Der LehrplanPLUS³ setzt mit insgesamt 15 verbindlichen schulart- und fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungszielen (FÜZ) vielfältige Impulse für die schulinterne Zusammenarbeit und die Kooperation mit außerschulischen Partnern. Diese Ziele, die in enger Zusammenarbeit mit Verbänden, Vertretern der Zivilgesellschaft und weiteren Ministerien entstanden sind, greifen wichtige gesellschaftliche Aufgaben auf. Sie bieten konkrete Ansatzpunkte für eine systematisch angelegte und themenbezogene Kooperation des Kollegiums, die von jeder Einzelschule verpflichtend umgesetzt werden muss.

Unterstützung dafür bietet der Serviceteil des Lehrplaninformationssystems, der fortlaufend erweitert wird: So sind z. B. den Fachlehrplänen aller Schularten die entsprechenden FÜZ zugeordnet, zudem werden mit einem umfangrei-

³ Der LehrplanPLUS umfasst die Grundschulen, Mittelschulen, Förderschulen, Realschulen, Wirtschaftsschulen, Gymnasien, Fachoberschulen und Berufsoberschulen. Für die Berufsschulen, Berufsfachschulen, Fachakademien und Fachschulen gelten eigene Lehrpläne. Viele der hier und im folgenden getroffenen Aussagen bewegen sich zwar im Kontext des LehrplanPLUS, haben aber dennoch für die Berufsschulen, Berufsfachschulen, Fachakademien und Fachschulen Gültigkeit.

chen Materialangebot praxisnahe Anregungen für die schulische Umsetzung gegeben.

Dabei ist zu beachten, dass gerade Politische Bildung vielfältige Schnittmengen zu weiteren FÜZ aufweist, die im Hinblick auf eine systematische Demokratieerziehung bei der Unterrichtsplanung aller Fächer reflektiert und auch berücksichtigt werden müssen. Konkret sind das die fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungsziele

- Bildung für nachhaltige Entwicklung (Umweltbildung/Globales Lernen),
- Kulturelle Bildung,
- Interkulturelle Bildung,
- Ökonomische Verbraucherbildung,
- Soziales Lernen,
- Sprachliche Bildung,
- Wertebildung und
- Medienbildung/Digitale Bildung.

Für die konkrete Planung von schulinternen Umsetzungsprozessen der fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungsziele können die an den Schulen geläufigen Prozesse wie die Arbeit am Schulentwicklungsprogramm (<http://www.schulentwicklung.bayern.de/>) oder auch die interne Evaluation (<http://www.interne-evaluation.isb.bayern.de/>) als Beispiel dienen:

*LehrplanPLUS:
Wege einer
systematischen
Umsetzung der
FÜZ in der Praxis*

An die Bestandsaufnahme bereits bestehender Aktivitäten schließen sich die Definition konkreter Ziele und die Priorisierung der einzelnen Handlungsfelder bzw. FÜZ und ihrer thematischen Schwerpunkte in unterschiedlichen Jahrgangsstufen an.

Unter Beachtung der schuleigenen Gestaltungsmöglichkeiten und Expertise soll zum einen eine Konkretisierung der geplanten Inhalte, der zu erreichenden Kompetenzen und der didaktischen Arrangements erfolgen, z. B. durch

- verbindliche fächer- und jahrgangsstufenübergreifende Projekte,
- Projekttag zu einem Thema der Politischen Bildung,
- die Teilnahme an einschlägigen Wettbewerben zur Politischen Bildung,
- Schullandheimaufenthalte in Verbindung mit Gegenständen der Politischen Bildung,
- ein entsprechendes Wahlfachangebot.

Zum anderen bietet es sich an, mit externen Partnern zusammenzuarbeiten⁴ (vgl. Kap. 3.5).

4 Vgl. Art. 2, Abs. 5 BayEUG: „[...] (5) ¹Die Öffnung der Schule gegenüber ihrem Umfeld ist zu fördern. ²Die Öffnung erfolgt durch die Zusammenarbeit der Schulen mit außerschulischen Einrichtungen, insbesondere mit Betrieben, Sport- und anderen Vereinen, Kunst- und Musikschulen, freien Trägern der Jugendhilfe, kommunalen und kirchlichen Einrichtungen sowie mit Einrichtungen der Weiterbildung.“

Die Umsetzung der FÜZ ist Aufgabe der gesamten Schulfamilie, also von Schulleitung, Lehrerkollegium, Schüler- und Elternvertretern. Dabei spielen auch der schulinterne Diskussionsprozess sowie die breite Beteiligung eine große Rolle. Insbesondere Kolleginnen und Kollegen, die die Leitfächer der Politischen Bildung unterrichten, haben hier eine besondere Verantwortung als Impulsgeber und Multiplikatoren, denn sie können die Ziele und didaktischen Prinzipien der Politischen Bildung in allen Fächern umsetzen, die sie selbst unterrichten. Außerdem haben sie die Möglichkeit, durch schulinterne Multiplikation ihrer Beispiele und Erfahrungen Kolleginnen und Kollegen mit anderen Fächerverbindungen hilfreiche Anregungen zu bieten. Auf diese Weise können Lehrkräfte Beiträge verschiedener Disziplinen in ihren Unterricht einbauen. Ebenso empfiehlt sich auch die Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen anderer Fächer, wie das auch für den fächerübergreifenden Unterricht im Kontext weiterer FÜZ, beispielsweise der Bildung für nachhaltige Entwicklung (Umweltbildung/Globales Lernen)⁵, üblich ist. Idealerweise ergänzen sich hier schulinterne Absprachen innerhalb der einzelnen Fächer mit Vereinbarungen auf Jahrgangsstufenebene, um die Aktivitäten zu vernetzen.

Didaktische Prinzipien der Politischen Bildung

Ziel Politischer Bildung ist die mündige Bürgerin bzw. der mündige Bürger. Für den Unterricht bedeutet dies insbesondere die Beachtung bestimmter didaktischer Prinzipien:

Neutralitätspflicht für Lehrkräfte

Lehrerinnen und Lehrer sind zur Neutralität verpflichtet, sie sollen informieren und zur Meinungsbildung befähigen, ohne zu indoktrinieren. Persönliche Meinungsäußerungen müssen deutlich als solche gekennzeichnet werden. Zu beachten ist, dass Lehrkräfte im Unterricht zur parteipolitischen Neutralität verpflichtet sind (vgl. Art. 96 BayVerf), so ist z. B. auch jede Form der politischen Werbung an bayerischen Schulen verboten (vgl. Art. 84 BayEUG).

Beutelsbacher Konsens als zentraler Maßstab für den politisch bildenden Unterricht

Ein zentraler Maßstab für den politisch bildenden Unterricht aller Fächer sind die Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses⁶:

- das sog. **Überwältigungsverbot** – die Schülerinnen und Schüler erhalten ausreichend Gelegenheit, sich selbstständig ein Urteil zu bilden. Es ist dabei nicht zulässig, die Lernenden im Sinne erwünschter Meinungen zu beeinflussen.
- das **Kontroversitätsprinzip** – was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht als kontrovers erscheinen. Dabei wird von der Lehrkraft nicht erwartet, jede öffentliche bzw. wissenschaftliche Kontroverse immer in ihrer ganzen Bandbreite abzubilden. Die Zielsetzung ist vielmehr, das Kontroversitätsgebot zum Kern der eigenen Berufsethik zu erheben und so den Unterricht vor Parteilichkeit und Unausgewogenheit zu schützen.

5 Richtlinien für die Umweltbildung an bayerischen Schulen. KMBek Nr. VI/8 S4402/7 – 6/135767

6 Als „Beutelsbacher Konsens“ wird eine Übereinkunft über Grundprinzipien Politischer Bildung bezeichnet, die als Ergebnis einer von der Landeszentrale für die Politische Bildung Baden-Württemberg 1976 in Beutelsbach veranstalteten Fachtagung in der Politikdidaktik breite Zustimmung fand. Zum genauen Wortlaut sowie weiteren Informationen vgl. <http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>.

- Die Schülerinnen und Schüler sollen dazu befähigt werden, politische Konstellationen und ihre eigenen Interessenlagen zu analysieren sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage zu beeinflussen.

Im Zentrum eines politisch bildenden Unterrichts steht insbesondere die multiperspektivische Auseinandersetzung mit realen und aktuellen politischen, ggf. auch historischen Fragestellungen und Anlässen, die einen Bezug zur Lebenswelt, zu den Interessen sowie zu den Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler ermöglichen.

Aktualitätsprinzip

Unter didaktischen und methodischen Aspekten sind Lehr-Lern-Arrangements zu empfehlen, die von folgenden Prinzipien geprägt sein sollten: Selbsttätigkeit und Sozialbezug sowie die Erfahrung von Ganzheitlichkeit und praktizierter Demokratie.

Empfehlungen zur Umsetzung

Verschiedene fachdidaktische Prinzipien und Methoden sind, je nach Sachverhalt, geeignet, den Lerngegenstand aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft oder Recht an die Lernenden zu vermitteln. Exemplarisch seien hier Folgende angeführt:

Didaktisches Prinzip	Methode
Konfliktorientierung	Konfliktanalyse – eine Methode zur Erschließung aktueller politischer Konflikte entlang bestimmter Kategorien und Leitfragen. Die Methode umfasst neben der Analyse des Konfliktes auch Phasen der Beurteilung und Kontroversität. (Vgl. als Beispiel: http://www.sowi-online.de/praxis/methode/konfliktanalyse.html)
Problemorientierung	Problemstudie – diese Methode umfasst die möglichst selbstständige Bearbeitung eines gesellschaftlichen Problems, beginnend mit der Informationsbeschaffung sowie – bearbeitung. (Vgl. zur Problemstudie als Beispiel: http://www.sowi-online.de/praxis/methode/problemstudie.html)
Handlungsorientierung	Projekt – selbstständige Formulierung, Bearbeitung und Bewältigung selbstgewählter und praxisbezogener Problemfälle. (Vgl. als Beispiel zur Durchführung eines Projekttages: http://www.younicef.de/fileadmin/Medien/PDF/Kinderrechte_machen_Schule.pdf .)
Fallprinzip	Fallanalyse/Fallstudie – Methoden zur Übung von möglichst umfassenden Entscheidungssituationen. (Vgl. als Beispiele: Fallanalyse: http://www.sn.schule.de/~sud/methodenkompendium/module/3/6_1.htm , Fallstudie: https://www.sowi-online.de/praxis/methode/fallstudie.html_0 .)

Didaktische Prinzipien und ihre Methoden

Didaktisches Prinzip	Methode
Politisch-moralische Urteilsbildung	<p>Dilemma-Methode – Konfrontation mit einer bipolaren Entscheidungssituation, in der beiden Handlungsalternativen (nahezu) gleich verbindliche Normen oder Werte zugrunde liegen, weshalb die zu treffende Entscheidung ausreichend begründet werden muss. (Vgl. als Beispiel: http://www.bpb.de/shop/lernen/themenblaetter/36615/urteil-und-dilemma.)</p>
Zukunftsorientierung	<p>Planspiel – spielerische Simulation von Konflikten oder Problemen aus der Realität für die Vermittlung komplexer Zusammenhänge. (Vgl. dazu u. a.: http://www.bpb.de/lernen/formate/planspiele/65585/planspiel-datenbank.)</p> <p>Zukunftswerkstatt – ein dreiphasiges Modell zur Analyse bestehender Problemlagen, zur Entwicklung von neuartigen Zukunftsvorstellungen und Visionen sowie von konkreten Umsetzungsplänen. (Vgl. dazu u. a. http://www.bpb.de/lernen/projekte/vorbild/154100/aktivitaet-1-zukunftswerkstatt)</p> <p>Szenario-Technik – eine problemorientierte Methode, bei der qualitative und quantitative Daten, Informationen und Einschätzungen zu realistischen, ganzheitlichen Zukunftsbildern verdichtet werden. (Vgl. dazu u. a. http://www.bpb.de/lernen/formate/methoden/62269/methodenkoffer-detailansicht?mid=275)</p>
Wissenschaftspropädeutik	<p>Wissenschaftspropädeutik mit den Methoden der Lektüre einer wissenschaftlichen Originalschrift oder dem Einsatz sozialwissenschaftlicher Methoden als Lernwege (z. B. einer empirischen Studie).</p>

3.2 Politische Bildung in ihren Leitfächern und in weiteren Fächern

Leitfächer der Politischen Bildung

Wesentlich für den politisch bildenden Unterricht sind die Leitfächer der Politischen Bildung: Hierzu gehören an der Grundschule der Heimat- und Sachunterricht sowie an den weiterführenden Schulen insbesondere die Fächer bzw. Fächerkombinationen Sozialkunde, Geschichte/Sozialkunde, Geschichte/Politik/Geographie, Geschichte, Geographie sowie Wirtschaft und Recht bzw. Wirtschaftsgeographie, Wirtschafts- und Sozialkunde. (Vgl. dazu im Lehrplan-PLUS das jeweilige Fachprofil, die Grundlegenden Kompetenzen sowie die Fachlehrpläne und die Lehrpläne der beruflichen Schulen.)

Die Leitfächer der Politischen Bildung als Träger wesentlicher Inhalte

Inhalte des Unterrichts in **Sozialkunde** bzw. in seinen **Fächerkombinationen Geschichte/Sozialkunde** bzw. **Geschichte/Politik/Geographie** bzw. **Heimat- und Sachunterricht** sind ausgehend von der Erfahrungswelt der Schülerinnen und Schüler v. a. zentrale Formen, Regeln und Veränderungsprozesse des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die demokratischen Grundlagen und die Gestaltung der staatlichen Ordnung sowie Möglichkeiten der politischen Mitgestaltung auf den unterschiedlichen Ebenen.

Der Sozialkunde- bzw. Politikunterricht: Vermittlung demokratischer Grundlagen

Im Unterricht werden Ereignisse und Entwicklungen thematisiert, die die Lernenden unmittelbar betreffen, vom lokalen bzw. regionalen und nationalen Geschehen bis hin zu europaweiten und weltpolitischen Vorgängen. Die Schülerinnen und Schüler lernen dabei auch zwischen Fakten und Meinungen zu unterscheiden und werden auf ihrem Weg zur mündigen Bürgerin bzw. zum mündigen Bürger unterstützt. Durch die Eröffnung unterschiedlicher Zugänge zum Verständnis von Staat und Gesellschaft werden im Fach Sozialkunde Bewusstsein für die Komplexität gesellschaftlicher und politischer Vorgänge sowie die Einsicht in aktuelle Entwicklungen und in die Möglichkeiten der Problemlösung und politischen Gestaltung vermittelt. Einstellungen und Werte, die das Grundgesetz normiert, werden entwickelt und gefördert.

Das Unterrichtsfach **Geschichte**, auch in den **Fächerkombinationen Geschichte/Sozialkunde** und **Geschichte/Politik/Geographie**, erweitert als ein wesentlicher Träger der Politischen Bildung diese um die historische Dimension. Besonders an den weiterführenden Schulen lernen die Schülerinnen und Schüler nicht nur verschiedene Gesellschaftssysteme und Herrschaftsformen kennen, sondern beschäftigen sich auch mit der Entstehung zentraler Werte und Grundlagen unserer Gegenwart. An geschichtlichen Beispielen erfahren sie insbesondere die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Freiheit. Sie entwickeln dabei ein Bewusstsein von der Notwendigkeit eines aktiven Eintretens für diese Errungenschaften sowie die Bereitschaft, dieses auch zu tun.

Der Geschichtsunterricht: Vermittlung von Grundlagen der historisch-politischen Bildung

Die Betrachtung komplexer geschichtlicher Verläufe aus verschiedenen Perspektiven fördert die Fähigkeit zur differenzierten, wertgebundenen Beurteilung komplexer Sachverhalte auch in der Gegenwart.

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ermöglicht die lebensweltliche Orientierung und bereitet die Schülerinnen und Schüler auf eine sichere Beurteilung von und den konstruktiven Umgang mit aktuellen Herausforderungen vor.

Akzeptanz der demokratischen Ordnung als Voraussetzung für ihren Bestand

Darüber hinaus zeigt die historische Perspektive den Lernenden, dass es den Menschen immer wieder gelungen ist, sich Neues zu erschließen, Lösungsmodelle zu entwickeln und so die eigenen Handlungsräume zu gestalten. Umgekehrt vermittelt Geschichte zugleich die Einsicht, dass auch demokratische Ordnungen scheitern können, wenn es ihnen an Akzeptanz und Unterstützung fehlt – dass Letztere also unabdingbar sind.

Des Weiteren ermutigen geschichtliche Beispiele von der Ebene der Weltgeschichte bis hin zu Landes- und Lokalgeschichte dazu, aktuelle politische und gesellschaftliche Herausforderungen anzunehmen, sie zu beurteilen und Veränderungen zu gestalten.

Geographie und Wirtschaftsgeographie: Vermittlung wirtschaftspolitischer Aspekte

Im **Geographieunterricht** erwerben die Heranwachsenden Kenntnisse und Fähigkeiten, um an raumwirksamen Entscheidungsprozessen verantwortungsbewusst teilnehmen zu können. Die Schülerinnen und Schüler setzen sich im Unterricht mit politischen Strukturen in unterschiedlichen Staaten und Gliederungen auf verschiedenen Ebenen auseinander. Dabei lernen sie lokale, regionale und globale Herausforderungen für Politik und Wirtschaft in ihrer wechselseitigen Durchdringung zu erkennen, differenziert zu beurteilen und mögliche Lösungswege abzuwägen.

Die Auseinandersetzung mit Problem- und Entscheidungssituationen in der Rolle als Konsumentin und Konsument, Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer, Unternehmerin und Unternehmer sowie als Bürgerin und Bürger im Fach Wirtschaftsgeographie (Wirtschaftsschule) stärkt das Urteilsvermögen und die Handlungsbereitschaft der Jugendlichen in Hinblick auf ökonomische, ökologische und soziale Fragestellungen.

Auseinandersetzung mit der Wirtschafts- und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland im Fachunterricht Wirtschaft und Recht bzw. im Profilbereich Wirtschaft

Im Fachunterricht des Fachs **Wirtschaft und Recht** (Realschule und Gymnasium) bzw. im **Profilbereich Wirtschaft** (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Fachakademien, Fachschulen, Fachoberschulen, Berufsoberschulen) beschäftigen sich die Schülerinnen und Schüler insbesondere mit der Sozialen Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland sowie deren Rechtsordnung als ordnungspolitischem Rahmen im demokratischen Rechtsstaat. Die Schülerinnen und Schüler begründen die Unentbehrlichkeit einer Rechtsordnung, indem sie sich mit den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit u. a. im Bereich des Zivil-, Straf- und Öffentlichen Rechts auf verschiedenen Ebenen (z. B. Jugendschutz, Verbraucherschutz, Solidarprinzip und Sozialversicherungssystem sowie die Grenzen von dessen Belastbarkeit) auseinandersetzen. Die Lernenden entwickeln außerdem Verständnis für die Verbindung einer marktwirtschaftlichen Grundausrichtung mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs als Basis und Beurteilungsmaßstab für wirtschafts-, sozial- und umweltpolitische Entscheidungen bzw. Maßnahmen. An der Wirtschaftsschule

erhalten die Heranwachsenden im Fach Betriebswirtschaftliche Steuerung und Kontrolle eine grundlegende betriebswirtschaftliche, volkswirtschaftliche und rechtliche Bildung für eine aktive Teilnahme an der politischen Meinungs- und Willensbildung.

Weitere Unterrichtsfächer

Die Schülerinnen und Schüler lernen weit über die oben genannten Leitfächer der Politischen Bildung hinaus das positive Potenzial gesellschaftlicher Vielfalt wahrzunehmen sowie Demokratie und Menschenrechte wertzuschätzen.

Ausgehend vom schulart- und fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungsziel Politische Bildung liefern verschiedene Fächer jeweils unterschiedliche Anknüpfungspunkte für die politische und demokratische Bildung. So erwerben die Schülerinnen und Schüler auf einer breiten Basis Wissen und Kompetenzen zu eigenverantwortlichem Handeln, zur Urteilsfähigkeit und zur Übernahme von Verantwortung in Staat und Gesellschaft.

Anknüpfungspunkte für Politische Bildung in den weiteren Unterrichtsfächern

Anregungen für die Praxis – eine Auswahl⁷

Deutsch

Die Schülerinnen und Schüler
– diskutieren und debattieren altersangemessen kontroverse gesellschaftliche und politische Themen, insbesondere ihre Lebenswelt betreffend

(Vgl. hierzu auch Angebote und Anregungen des Wettbewerbs „Jugend debattiert“ und Handreichung „Debattieren als Mittel der Sprachförderung“ unter www.km.bayern.de/debattieren; ebenso Rollenkarten zur Debatte, die in der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit für die Zielgruppe Mittelschule entwickelt wurden [verfügbar ab Herbst 2017])

– erkennen die Wirkungsabsichten unterschiedlicher Medien (z. B. Unterhaltung, Information, Manipulation) durch die Auseinandersetzung mit den jeweils eingesetzten Gestaltungsmitteln (z. B. Sprachebene, Bildauswahl, musikalische Hinterlegung)

⁷ Konkrete Beispiele und Anregungen für den Unterricht finden sich außerdem u. a. in den KMBek zu den verschiedenen FÜZ sowie z. B. auch in der „Gemeinsamen Erklärung des Zentralrats der Juden in Deutschland und der Kultusministerkonferenz zur Vermittlung jüdischer Geschichte, Religion und Kultur in der Schule“ (Beschluss des Präsidiums des Zentralrats der Juden in Deutschland vom 01.09.2016 und Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 08.12.2016) sowie in den „Empfehlungen zur Erinnerungskultur als Gegenstand historisch-politischer Bildung in der Schule“ (Erinnern für die Zukunft Empfehlungen zur Erinnerungskultur als Gegenstand historisch-politischer Bildung in der Schule (Beschluss der KMK vom 11.12.2014).

Anregungen für die Praxis – eine Auswahl

Ethik/ Katholische und Evangelische Religionslehre

- verstehen soziales Engagement als eine Voraussetzung für eine humane Gesellschaft und finden Möglichkeiten, sich persönlich einzubringen
- diskutieren Grenzen der Religionsfreiheit im Verfassungsstaat (z. B. hinsichtlich des Umgangs mit religiösen Symbolen in der Öffentlichkeit)

(vgl. z. B. die Angebote der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit: „Weltfrieden in Gefahr“ [Spiel zur vorurteilsfreien Toleranzerziehung], www.gemeinsam-fairhandeln.de, das Projekt „Perspektivwechsel“ sowie die Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung: „Entscheidung im Unterricht“)

Mathematik

- werten Statistiken aus und erkennen so die Darstellbarkeit empirischer Größen

(vgl. z. B. das Material der Bundeszentrale für politische Bildung „KlassenCheckUP!“)

- stellen Wahlergebnisse in unterschiedlichen Diagrammen dar und präsentieren diese

Moderne Fremd- sprachen

- setzen sich mit gesellschaftlichen Diskursen, tradierten Normen und politischen Systemen in anderen Staaten auseinander

(vgl. z. B. für Großbritannien „How government works“, für die USA „Branches of Government“, für Frankreich „Le gouvernement et les institutions“ usw., einen Überblick über die Innenpolitik verschiedener Länder gibt u. a. auch das Auswärtige Amt in seinen Länderinformationen; die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit vermittelt u. a. das Planspiel „Nato in crisis“ – eine Simulation in englischer Sprache; ebenso liefert sie in Veranstaltungsformaten wie „Europe after work“ und Workshops Einblicke in europäische Länderprofile)

- betrachten und analysieren aktuelle gesellschafts-politische Entwicklungen im Spiegel der fremd-sprachlichen Berichterstattung

Anregungen für die Praxis – eine Auswahl	
Musik	<ul style="list-style-type: none"> – analysieren die Wirkung von politischen Texten und ihre musikalische Gestaltung (z. B. politische Lieder) <p><i>(vgl. z. B. die Ausgabe Falter Extra: „Nationalhymnen und Länderporträts“ der Bundeszentrale für politische Bildung)</i></p>
Kunst	<ul style="list-style-type: none"> – setzen sich mit der Bedeutung von Bauwerken, Kunst und Denkmälern mit deren politischer und kultureller Bedeutung auseinander <p><i>(Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildung hat im Rahmen ihrer Reihe „Politische Bildung im Kontext“ das Methodenpaket „welterbe.elementar“ erstellt [einsetzbar ab Sek. I aller weiterführenden Schularten; erhältlich ab Juli 2017])</i></p>
Naturwissenschaften	<ul style="list-style-type: none"> – reflektieren die Würde des Menschen vor dem Hintergrund des medizinischen, naturwissenschaftlichen und technischen Fortschritts sowie ethischer Aspekte – setzen sich mit unterschiedlichen Energieträgern und deren jeweiligen ökonomischen und ökologischen Implikationen im Sinne der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE) auseinander <p><i>(vgl. z. B. die Angebote der Bundeszentrale für politische Bildung: Themenblätter im Unterricht)</i></p>
Sport	<ul style="list-style-type: none"> – erkennen und analysieren die symbolische und politische Bedeutung von sportlichen Veranstaltungen – diskutieren die Übertragbarkeit sportlicher Werte, wie z. B. des Fair-Play-Gedankens, auf gesellschaftliche und politische Bereiche <p><i>(vgl. z. B. die Angebote der Bundeszentrale für politische Bildung: Themenblätter im Unterricht; die Bayerische Landeszentrale für politische Bildung hat im Rahmen ihrer Reihe „politische Bildung im Kontext“ das Methodenpaket „fußball.elementar“ erstellt [einsetzbar ab Sek. I aller weiterführenden Schularten])</i></p>

3.3 Politische Bildung als verpflichtendes Element in der Lehreraus- und fortbildung

Treuepflicht der Lehrkräfte zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung

Für jede Lehrerin und jeden Lehrer gilt die politische und verfassungsrechtliche Treuepflicht (vgl. u. a. Art. 96 BayVerf, Art. 187 BayVerf). Danach hat sich die Lehrkraft in ihrem gesamten Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes (GG) und der Bayerischen Verfassung (BayVerf) zu bekennen und für ihre Erhaltung einzutreten.

Im Hinblick auf diese besondere Loyalitätspflicht ist die Politische Bildung daher auch umfassend in der Lehrerbildung institutionalisiert. Gemäß Art. 1 des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes (BayLBG) müssen „Vorbildung und Ausbildung [...] der Erziehungs- und Unterrichtstätigkeit gemäß den allgemeinen Bildungszielen der Verfassung des Freistaates Bayern [Art. 131 BayVerf] und den besonderen Bildungszielen des gegliederten Schulwesens in Bayern entsprechen.“

Politische Bildung in der universitären Lehrerbildung

In Bayern setzen sich angehende Lehrkräfte bereits in der ersten Phase der Lehrerbildung mit Fragen der Wertebildung, Medienerziehung sowie weiteren Aspekten der Politischen Bildung auseinander (vgl. §32 LPO I „Erziehungswissenschaften“).

Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung im Vorbereitungsdienst

Die Ausbildung im Fachbereich Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung ist während des gesamten zweijährigen Vorbereitungsdienstes verpflichtend für alle Studienreferendarinnen und -referendare vorgeschrieben. Im Rahmen dieser Ausbildung werden u. a. Grundkenntnisse der politischen Ordnungsformen rekapituliert und systematisiert sowie Werthaltungen reflektiert und auf die Rolle als Lehrkraft bezogen. Im Fach Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung werden zukünftige Lehrkräfte aller Fächer befähigt, die freiheitliche demokratische Grundordnung profund zu vertreten, Politische Bildung als Unterrichtsprinzip im eigenen Fach zu berücksichtigen und den Lernenden ein adäquates Demokratieverständnis zu vermitteln.

Politische Bildung in der Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte

Ferner sind Lehrkräfte dazu verpflichtet, sich regelmäßig fortzubilden (Lehrerdienstordnung/LDO §9a Abs. 2 sowie Art. 20 BayLBG). Lehrerfortbildung findet in Bayern auf verschiedenen Ebenen statt: an zentraler Stelle über die Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen (ALP), welche zum Themenkreis „Politische Bildung“ auch mit der Akademie für politische Bildung in Tutzing sowie der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit kooperiert, als Regionale Lehrerfortbildung (RLFB), als Lokale Lehrerfortbildung (SchILF). Das Schwerpunktprogramm des Kultusministeriums für die Lehrerfortbildung beschreibt als Orientierungsrahmen die Themen, die in der staatlichen Lehrerfortbildung auf allen diesen Ebenen bevorzugt zu berücksichtigen sind. Die für jeweils zwei Jahre geltenden Schwerpunktprogramme enthalten regelmäßig beispielsweise Themen wie „Werteerziehung“, „Interkulturelles und interreligiöses Lernen“, „Förderung von Selbst- und Sozialkompetenz“, „Mobbing- und Gewaltprävention“ sowie „Politische Bildung und Demokratieerziehung“. Über Fortbildungsveranstaltungen werden darüber hinaus regelmäßig Impulse

für Gedenk- und Projekttag gegeben (EU-Projekttag, Verfassungstag, Historische Jubiläen etc.). Die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit bietet mit dem dreimal jährlich stattfindenden „Parlamentsseminar“ ein Fortbildungsangebot im Bereich der Politischen Bildung. Lehrkräfte an bayerischen Schulen, welche Unterricht im Bereich der Politischen Bildung erteilen, können den Parlamentsbetrieb und die Landtagsverwaltung kennenlernen und mit Abgeordneten aller Fraktionen ins Gespräch kommen. Angebunden an die neun Staatlichen Schulberatungsstellen stehen Lehrkräften und Schulen zudem die Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz zur Verfügung. Sie leisten anlassbezogene verhaltensorientierte Prävention und wirken am Fortbildungsangebot der Staatlichen Schulberatung mit.

3.4 Außerschulische Lernorte der historisch-politischen Bildung

Außerschulische Lernorte sind in besonderer Weise dazu geeignet, fachliche Inhalte der historisch-politischen Bildung über konkrete Anschauung und die dort erfahrbare Authentizität zu vertiefen. Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung eines Besuchs sind oft interdisziplinär angelegt und dadurch gekennzeichnet, dass sie unterschiedliche fächerübergreifende Perspektiven berücksichtigen, also ein Thema in den jeweiligen politischen, historischen, rechtlichen, kulturellen oder wirtschaftlichen etc. Kontext stellen. Zudem bieten sich verschiedene Möglichkeiten, in allen Phasen die Selbsttätigkeit der Schülerinnen und Schüler zu fördern und sie aktiv und im Sinne eines fragenden und entdeckenden Lernens einzubeziehen.

Die Erfahrbarkeit unterschiedlicher Perspektiven und deren Reflexion stärkt zuletzt auch die politische Urteilsbildung der Schülerinnen und Schüler.

Für die Politische Bildung sind insbesondere folgende Lernorte wichtig:

- **Historische Lernorte**

Gedenkstätten/Erinnerungsorte/Dokumentationszentren (vgl. Tabelle, S. 18-21; eine Übersicht über Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Europa bietet u. a. die Gedenkstättenübersicht der Stiftung „Topographie des Terrors“, s. auch <http://www.gedenkstaetten-uebersicht.de>);

Museen mit historisch-politischem Bezug (vgl. hierzu u.a. <https://www.museen-in-bayern.de/home.html>);

Denkmäler/Mahnmale (vgl. Tabelle, S. 18-21)

- **Kommunalvertretungen und weitere kommunale Einrichtungen**, z. B. Rathäuser, Landratsämter
- **Staatliche Institutionen**, z. B. Gerichte, Behörden der Polizei, Zoll
- **Einrichtungen in Gesellschaft und Wirtschaft sowie der Infrastruktur**, z. B. Kindergärten, Jugendfreizeiteinrichtungen, Altersheime, Krankenhäuser, Wasserwerke und Kraftwerke, Kläranlagen, Mülldeponien, öffentlicher Personennahverkehr (Bus, Bahn), Einrichtungen der Katastro-

Außerschulische Lernorte: bereichernde Zugänge

Auswahl außerschulischer Lernorte

phenabwehr (z. B. Feuerwehr oder THW), Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe, Gewerkschaften, Kreditinstitute, Börsen, Märkte, Genossenschaften, Vereine, Kirchengemeinden, religiöse Gemeinschaften, bürgerschaftliche Organisationen (karitative Vereinigungen, Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen, Stadtteilinitiativen), lokale Interessenverbände

- **Kultur und Medien**, z. B. Theater, Rundfunk, Zeitungsredaktionen

Auswahl von Praxisanregungen zu außerschulischen Lernorten

I) Exkursionsziele in Bayern

Bayerischer Landtag	www.bayern.landtag.de/info-service/angebote-fuer-schulen
Lernort Staatsregierung	http://www.blz.bayern.de/blz/veranstaltungen/lernort/index.asp
KZ-Gedenkstätte Dachau	https://www.kz-gedenkstaette-dachau.de
KZ-Gedenkstätte Flossenbürg	http://www.gedenkstaette-flossenbuerg.de/start
Angebote im Rahmen der Gedenkstättenpädagogik sowie Förderung von Klassenfahrten zu den bayerischen KZ-Gedenkstätten	http://www.gedenkstaettenpaedagogik-bayern.de/ http://www.blz.bayern.de/blz/gedenkstaetten/klassenfahrten.asp
NS-Dokumentationszentrum München	https://www.ns-dokuzentrum-muenchen.de
Dokumentation Obersalzberg	http://www.obersalzberg.de/obersalzberg-home.html
Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg	http://www.museen.nuernberg.de/dokuzentrum
Memorium Nürnberger Prozesse	https://museen.nuernberg.de/memorium-nuernberger-prozesse/
Jüdisches Museum Franken	http://www.juedisches-museum.org
Jüdisches Museum Augsburg-Schwaben	http://www.jkmas.de

Auswahl von Praxisanregungen zu außerschulischen Lernorten	
I) Exkursionsziele in Bayern	
Jüdische Schule in Bayern	Ausstellung: Jüdische Schule in Bayern http://www.bayerisches-nationalmuseum.de/index.php?id=76
Ehemalige Synagoge Ichenhausen	Ehemalige Synagoge „Haus der Begegnung“ http://www.ichenhausen.de/index.php?id=75,21
Jüdisches Museum München	https://www.juedisches-museum-muenchen.de
Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth	http://moedlareuth.de/ Förderung und Angebote der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit: http://www.blz.bayern.de/blz/gedenkstaetten/klassenfahrten.asp
Erinnerungsort Olympia-Attentat (ab Sommer 2017)	https://www.km.bayern.de/kunst-und-kultur/erinnerungsort-olympia-attentat-muenchen-1972.html
Für weitere Anregungen: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit	http://www.blz.bayern.de/ http://www.historisches-forum-bayern.de/
Historisches Forum Bayern:	
Museumspädagogisches Zentrum München	http://www.mpz-bayern.de/

Auswahl von Praxisanregungen zu außerschulischen Lernorten

II) Ziele für mehrtägige Klassen- und Kursfahrten – eine Auswahl:

Demokratie (er)leben am Lernort Schullandheim

<http://www.mehrwert-demokratie.de>

Bildungsangebote des Bayerischen Jugendherbergswerk

<http://bayern.jugendherberge.de/de-DE/Klassenfahrten>

Berlin-Fahrt

Bundestag

<https://www.bundestag.de/besuche/fuehrung/kinderundjugendliche>

Bundesrat

<http://www.bundesrat.de/DE/service/besuch/schueler/schueler-node.html>

Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen

<http://www.stiftung-hsh.de>

Gedenkstätte Berliner Mauer (Bernauer Straße)

<http://www.berliner-mauer-gedenkstaette.de/de>

Gedenkstätte Normannenstraße

<http://www.stasi-museum.de>

Berliner Tränenpalast am Bhf. Friedrichstraße

<http://www.hdg.de/traenenpalast>

Deutsch-russisches Museum Berlin-Karlshorst

<http://www.museum-karlshorst.de/>

Deutsches Historisches Museum

<https://www.dhm.de/>

Museum in der Kulturbrauerei: „Alltag in der DDR“

<http://www.hdg.de/museum-in-der-kulturbrauerei/>

Jüdisches Museum Berlin

<https://www.jmberlin.de/>

Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

<http://www.stiftung-denkmal.de/startseite.html>

Hier finden sich u. a. Informationen zum Holocaust-Denkmal, Denkmal für Sinti und Roma, Homosexuellen-Denkmal, Gedenkort für Euthanasieopfer sowie Besucher- und Führungsangebote.

Haus der Wannseekonferenz

<http://www.ghwk.de/>

Lernort Staatsregierung Berlin

<http://www.blz.bayern.de/blz/veranstaltungen/lernort/index.asp>

Auswahl von Praxisanregungen zu außerschulischen Lernorten

II) Ziele für mehrtägige Klassen- und Kursfahrten – eine Auswahl:

Bonn-Fahrt

Haus der Geschichte	http://www.hdg.de
Weg der Demokratie (u. a. Kanzlerbungalow)	http://www.wegderdemokratie.de/rundgang
Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus	http://www.adenauerhaus.de/
Israel-Studienfahrten	https://www.bjr.de/themen/foerderung/bayerisch-israelische-bildungskooperation.html
EU-Bildungsprogramme <i>Erasmus+ Schulbildung (Comenius) und Erasmus+ Berufsbildung (Leonardo da Vinci)</i>	https://www.km.bayern.de/ministerium/bund-und-europa.html http://www.eu-bildungsprogramme.info
Besuch des Europäischen Parlaments Fahrten nach Brüssel, Straßburg oder Luxemburg	http://www.euoparl.europa.eu/visiting/de
Lernort Staatsregierung Brüssel	http://www.blz.bayern.de/blz/veranstaltungen/index.asp

3.5 Zusammenarbeit mit externen Partnern

Auftrag zur Zusammenarbeit mit externen Partnern in der Eigenverantwortung der Schule

Die Schulen sind gehalten, sich gegenüber ihrem Umfeld zu öffnen und mit außerschulischen Einrichtungen zusammenzuarbeiten (Art. 2 Abs. 5 BayEUG). Über Form und Ausmaß einer Zusammenarbeit mit externen Partnern entscheiden sie vor Ort selbst und realisieren auf diese Weise den Bildungsauftrag im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule (Art. 2 Abs. 4 BayEUG). Dabei nehmen sie Angebote Politischer Bildung externer Bildungsträger wahr, die u. a. auf die jeweilige Schulart und die jeweilige Altersgruppe abgestimmt sind. Dies ermöglicht ein wertebewusstes und individuell auf die Situation der Lerngruppe ausgerichtetes Lernen.

Anregungen für die Praxis in Auswahl

Unterrichts- und Schulprojekte

aus dem Bereich des

- Servicelearning/
Lernen durch
Engagement

(Dabei handelt es sich um eine Lehr- und Lernform, die den schulischen Unterricht und den Einsatz der Schülerinnen und Schüler für das Gemeinwohl außerhalb der Schule verbindet)

- Schülerprojekte
Landeszentrale für
politische Bildungs-
arbeit

- Schülerprojekte Haus
der Bayerischen
Geschichte

z. B.:

<http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/zukunft-bildung/1913771/servicelearning-lernen-durch-engagement?p=all>

<http://www.blz.bayern.de/>

(z. B. Schülerseminare in Bad Kissingen zur deutsch-deutschen Geschichte,

Auf der Suche & unterwegs: Interkulturelle Stadtpaziergänge
<http://unterwegs.raum-bayern.net/>

<https://www.hdbg.eu/linkkatalog/web/index.php/projekte>

Projekte und Ansprechpartner zum historisch-politischen Lernen

Bayerische Landes-
zentrale für politische
Bildungsarbeit

<http://www.blz.bayern.de/blz/blz/index.asp>

Projekte und Ansprechpartner zum historisch-politischen Lernen	
Zeitzeugengespräche zur DDR-Geschichte	http://www.blz.bayern.de/
Planspiel zur DDR-Geschichte	http://www.blz.bayern.de/
Jugendoffiziere der Bundeswehr	<p>http://jugendoffizier.eu/</p> <p>http://jugendoffizier.eu/unser-angebot/simulation-polis</p> <p>Die Jugendoffiziere der Bundeswehr stehen als Referenten für Sicherheitspolitik (z. B. Friedenssicherung, Krisenbewältigung) zur Verfügung. Grundlage und Auftrag für deren Tätigkeit an Schulen in Bayern stellt die im Juni 2010 geschlossene Kooperationsvereinbarung des Kultusministeriums mit der Bundeswehr dar.</p>
Projekt BR-Schulradio	http://www.br.de/unternehmen/inhalt/bildungsprojekte/index.html
Bayerischer Jugendring	https://www.bjr.de
Wertebündnis Bayern:	https://www.wertebuendnis-bayern.de
Projekt Initiative für Integration und Toleranz	https://www.wertebuendnis-bayern.de/initiative-fuer-toleranz-und-integration
Projekt WERTvollMITeinander	https://www.wertebuendnis-bayern.de/projekte/projekt-wertvoll-miteinander
Projekt mehrwert+Demokratie	https://www.wertebuendnis-bayern.de/projekte/projekt-mehrwert-demokratie
Projekt ICH WIR IHR	https://www.wertebuendnis-bayern.de/projekte/projekt-ich-wir-ihr-im-netz
Europäische Projekte, z. B. Planspiel Europa	http://www.europaplanspiel.de
Europäische Akademie Bayern	http://www.europaeische-akademie.de
Europäische Kommission	<p>https://ec.europa.eu/germany/business-funding/Bayern_de,</p> <p>https://ec.europa.eu/germany/education_de</p>
Besuche von/bei Abgeordneten des Europäischen Parlaments oder Fachvorträge der Vertreter von Kommission und Parlament	<p>Informationen u. a. über</p> <p>http://europa.eu/teachers-corner/home_de</p>

Projekte und Ansprechpartner zum historisch-politischen Lernen

Übersicht der bayerischen Bildungs-träger für historisch-politische Bildung

<http://www.blz.bayern.de/blz/links/index.asp>

3.6 Teilnahme an Schülerwettbewerben

Die Teilnahme an Schülerwettbewerben zur historisch-politischen Bildung ermöglicht eine vertiefte Auseinandersetzung mit bestimmten Themen und stellt damit eine wertvolle Ergänzung des schulischen Unterrichts dar. Dabei werden Schülerinnen und Schüler individuell wie im Rahmen einer Arbeitsgruppe unter Anleitung und Förderung der Lehrkräfte selbstständig tätig, indem sie unmittelbar forschen und sich eigenständig intensiv mit historisch-politischen Themen und Fragestellungen auseinandersetzen. Die jährlich ausgeschrieben Wettbewerbe fördern Kreativität und eigenverantwortliches Handeln in besonderer Weise.

Anregungen für die Praxis in Auswahl

Schülerlandeswettbewerb „Erinnerungszeichen“

<https://www.erinnerungszeichen-bayern.de/>

Bayerischer Schülerzeitungswettbewerb „Blattmacher“

<https://www.km.bayern.de/lehrer/meldung/56/bayerns-beste-blattmacher-gesucht.html>

Wettbewerb des Landeschülerrates

<http://sr.bayern>

Simon-Snopkowski-Preis

http://juedischekulturmuennen.de/de/?page_id=286

Schülerwettbewerb zur politischen Bildung

<http://www.bpb.de/lernen/projekte/schuelerwettbewerb>

Jugend debattiert

<http://www.jugend-debattiert.de/>

Schülerzeitungswettbewerb der Länder

<http://www.schuelerzeitung.de/projekte-und-veranstaltungen/schuelerzeitungswettbewerb/>

Förderprogramm Demokratisch Handeln

<http://www.demokratisch-handeln.de/wettbewerb/index.html>

Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten

<https://www.koerber-stiftung.de/geschichtswettbewerb.html>

Schulwettbewerb des Bundespräsidenten zur Entwicklungspolitik

<http://www.eineweltfueralle.de>

Anregungen für die Praxis in Auswahl	
Europäischer Wettbewerb	http://www.europaescher-wettbewerb.de
Jugendwettbewerb des Europäischen Jugendparlaments in Deutschland e. V.	https://www.eyp.de/mitmachen/wettbewerb
Aktiv für Demokratie und Toleranz gegen Extremismus und Gewalt	http://www.buendnis-toleranz.de/aktiv/aktiv-wettbewerb/
Weitere bayern- und bundesweit durchgeführte Schülerwettbewerbe	http://www.km.bayern.de/wettbewerbe

3.7 Politische Bildung im Erfahrungsraum Schule: Möglichkeiten und Chancen der Mitwirkung

Die Lehrkräfte sind gehalten, demokratische Verhaltensweisen und Werte in ihrem Unterricht wie auch im schulischen Leben zu vermitteln und zu fördern. Der LehrplanPLUS unterstützt dabei durch seine kompetenzorientierte Ausrichtung Eigenaktivität sowie Selbstständigkeit der Schülerinnen und Schüler. Jede Schule hat als eigenverantwortliche Schule die Möglichkeit, Politische Bildung durch Verankerung im Profil der Schule oder durch die Festlegung eines entsprechenden Entwicklungsziels im Schulentwicklungsprogramm besonders zu betonen. Die Schulen sind aufgefordert, die vielfältigen Gestaltungsspielräume gezielt zu nutzen.

Für die Schülerinnen und Schüler stellt die Schülermitverantwortung (SMV, Art. 62 BayEUG) ein zentrales praktisches Anwendungsfeld für demokratisches Handeln und Mitwirkung dar (vgl. zu weiterführenden Informationen rund um das Thema SMV: „Handbuch für Schülervertreter“ sowie <http://www.smv.bayern.de> [ab Herbst 2017]).

Über die gewählten Klassensprecherinnen und Klassensprecher, die Klassensprecherversammlung und die Schülersprecherinnen bzw. Schülersprecher lernen sie, ihre Anliegen zu artikulieren, zu diskutieren und ins Schulleben einzubringen. Den Klassensprecherinnen und Klassensprechern sollte regelmäßig im Schulalltag ermöglicht werden, ihre Klasse über die SMV-Versammlungen, SMV-Tätigkeiten und Mitwirkungsmöglichkeiten zu informieren. Bereits die Klassensprecherinnen- und Klassensprecherwahlen geben die Möglichkeit, das Thema Wahlen als wesentliches demokratisches Instrument altersgemäß im Unterricht zu thematisieren (vgl. z.B. „Handbuch für Schülervertreter“, S. 35f., SMV-Portal <http://www.smv.bayern.de>, www.bpb.de/shop/lernen/thema-im-unterricht/36922/wahlen-fuer-einsteiger.)

Förderung von demokratischen Verhaltensweisen und Werten im Unterricht und Schulleben

SMV-Arbeit als Anwendungsfeld demokratischen Handelns

Bewusste Thematisierung der Klassensprecherwahl im Kontext Politischer Bildung

Um allen interessierten Schülerinnen und Schülern eine aktive Beteiligung an der Gestaltung des Schullebens zu eröffnen, empfiehlt sich die Einrichtung von SMV-Arbeitsgruppen unter Leitung der Schülersprecherinnen/Schülersprecher. Auf diese Weise wird unabhängig vom Amt der Klassensprecherin/des Klassensprechers Beteiligung für alle möglich (z. B. „Arbeitskreis Schülerzeitung“).

*„Mini-SMV“,
Direktwahl und
Schulparlament als
Möglichkeiten für
Partizipation*

An weiterführenden Schulen hat sich die Einrichtung einer sogenannte „Mini-SMV“ für die Unterstufe bewährt, da sich hier die jüngeren Schülerinnen und Schüler in altersgerechter Weise für ihre Schule einsetzen und dadurch Partizipation erleben können. Um sich schon früh mit dem System von demokratischen Entscheidungsprozessen vertraut zu machen und das Mitspracherecht der Schülerinnen und Schüler zu stärken, bietet das BayEUG neben der indirekten auch die direkte Wahl (Urwahl) von Schülersprecherinnen und Schülersprechern an („Das Schulforum kann beschließen, dass die Wahl durch alle Schülerinnen und Schüler erfolgt“, Art. 62, Abs. 7 Satz 2 BayEUG). Die Einrichtung eines Schulparlaments eröffnet Schüler-, Eltern- und Lehrervertreterinnen und -vertretern eine Plattform für einen regen Meinungs- und Erfahrungsaustausch auf der Suche nach praktikablen Lösungen für den Schulalltag, z. B. bezüglich Essensangeboten in Schulkiosk und Mensa, der Schaffung zusätzlicher Ganztagsangebote. Die Repräsentanten des Schulparlaments vertreten die dort gefundenen demokratisch legitimierten Entscheidungen dann z. B. im Schulforum (Beispiel für eine Geschäftsordnung und Wahlordnung: <http://www.gymnasium-badaibling.de/schule/ansprechpartner/schulparlament>).

*Schulforum und
Elternbeirat als
wichtige schulische
Mitwirkungs- und
Mitbestimmungsgremien*

Die Schülerschaft einer Schule ist durch drei Schülersprecherinnen bzw. Schülersprecher (Schülerausschuss) im Schulforum (Art. 69 BayEUG) vertreten. Dabei handelt es sich um ein wichtiges schulisches Mitwirkungs- und Mitbestimmungsgremium, das an allen Schulen mit Ausnahme der Grundschulen (an Grundschulen ist ggf. der Elternbeirat zu beteiligen) und der Berufsschulen (an den Berufsschulen nimmt der Berufsschulbeirat die Aufgaben des Schulforums wahr) eingerichtet ist. Im Einvernehmen mit dem Schulforum werden z. B. folgende Entscheidungen getroffen: Festlegung der Ziele des Schulentwicklungsprogramms, Entwicklung eines eigenen Schulprofils oder Entwicklung des schulspezifischen Konzepts zur Erziehungspartnerschaft. Darüber hinaus berät es auch alle wesentlichen Fragen, die die Schulgemeinschaft betreffen (vgl. Art. 69 BayEUG). Jedes Mitglied, also auch eine Schülersprecherin oder ein Schülersprecher, hat das Recht einen Antrag einzubringen, über den zu beraten und zu entscheiden ist. Beispiele für erfolgreich verabschiedete Anträge der SMV an verschiedenen Schulen stellen u. a. Änderungen beim Mittagessenangebot, die Einführung von Urwahlen, die Etablierung eines Schulparlaments oder von Motto-Tagen/Wochen im Rahmen der Werte- bzw. Demokratieverziehung dar. Mitgestaltung im Rahmen des Demokratielernens bedeutet also eine alters- und situationsangemessene Einbeziehung der Schülerinnen und Schüler.

Generell ist das Zusammenleben in der Gesellschaft, sei es in der Kleingruppe (Familie, Schulklasse) oder im Staat, konfliktträchtig und bedarf deshalb allgemein akzeptierter Grundwerte sowie festgelegter Verfahrensweisen bei der Konfliktregelung. Es verlangt dem Einzelnen darüber hinaus Einstellungen

und Haltungen ab, die im Sozialisationsprozess erworben werden. Demokratische Strukturen und Prozesse an den Schulen aller Schularten bieten eine hervorragende Möglichkeit, soziale Kompetenzen zu erwerben und sowohl Einflussmöglichkeiten als auch deren Grenzen zu erfahren.

Anregungen aus der Praxis in Auswahl	
Einrichtung und Absprache von verschiedenen „Klassenämtern“ (z. B. Klassenbuchführer, Tafeldienst, Bücherdienst) und Regelung des Besetzungsturnus	
Klassenrat: Planung und Abstimmung klassenbezogener Vorhaben, Lösung von Problemen innerhalb einer Klassengemeinschaft	z. B. http://www.bpb.de/lernen/projekte/vorbild/153510/vorueberlegungen-und-vorbereitung http://degede.de/abc-klassenrat.0.html
Verabschiedung einer Schulverfassung mit Festlegung gemeinsamer Werte (Beispiele finden sich z. B. unter „Schulentwicklung Unterfranken“)	http://www.schulentwicklung.bayern.de/unterfranken/index.php?Seite=3705&
Schule als Polis	http://blk-demokratie.de/materialien/demokratiebausteine/programmthemen/schule-als-polis.html http://dasegg.musin.de/images/Schule_als_Staat_Juli_2016.pdf
Beteiligung z. B. an: – der Gestaltung des Unterrichts (z. B. Auswahl der Klassenlektüre, Thema von Projekten), – Ziel und Programm von Wanderungen, Exkursionen und Fahrten	
Einführung des Projekts „Zeit für uns“ (<i>Eine Stunde pro Woche oder Monat, in der die Schülerinnen und Schüler ein Thema ihrer Wahl diskutieren wie z. B. ein aktuelles politisches Thema; vgl. u. a. „Handbuch für Schülervertreter, S. 100f.</i>)	
Übernahme von Verantwortung für andere, z. B. als Tutoren, im Schulsanitätsdienst, als Streitschlichter	
Mitwirkung bei Projekten, die auf die Stärkung grundlegender Werte wie Toleranz und Respekt zielen, z. B. im Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“	http://www.schule-ohne-rassismus.org/startseite/
Beteiligung an Wettbewerben zur historisch-politischen Bildung, vgl. Kap. 3.5	
Herausgabe einer Schülerzeitung	http://www.schuelerzeitung.bayern.de/
Produktion eines Schulradios	https://www.schulradio-bayern.de/

Anregungen aus der Praxis in Auswahl

Durchführung von Planspielen der historisch-politischen Bildung, z. B. das Planspiel „Europa und die boat people“ der Europäischen Akademie Bayern

<http://www.europaeische-akademie.de/angebote/planspiel.html>

<http://www.blz.bayern.de/>

Wahlkurse, z. B. „Politik und Zeitgeschichte“, „World Café“, „Weltreligionen“

Durchführung von Projekt- und Studientagen zu historisch-politischen Themenfeldern, z. B. bundesweiter EU-Projekttag

https://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Europa/EUProjekttag/_node.html

Eine Auswahl historischer Jahrestage sowie alljährlich wiederkehrender Gedenk-, Aktions- und Thementage bietet der dazu jährlich vom Deutschen Bundestag herausgegebene Kalender.

<https://www.bundestag.de/>

SMV-Arbeit

- **Handbuch für Schülervertreter**

<https://www.isb.bayern.de/download/15540/schuelervertreter.pdf>

- **Online-Unterstützungsportal**
(ab August 2017)

<http://www.smv.bayern.de>

- **SMV-Planer**

<https://www.km.bayern.de/epaper/SMV-Planer/index.html>

- **Politiktag an Schulen**
(Pilotprojekt ab September 2017: Unterstützung von Schulen bei der Durchführung von Projekttagen zur Politischen Bildung durch die Landeszentrale für die politische Bildungsarbeit [Bereitstellung von Materialien und Konzepten])

<http://www.blz.bayern.de/>

Aufbau und Pflege von transnationalen Schulpartnerschaften und Projekten auch über digitale Medien

3.8 Politische Bildung als Element der Schul- und Qualitätsentwicklung

Die Einführung des LehrplanPLUS, Vereinbarungen des Kollegiums zur Umsetzung der FÜZ sowie die mögliche Entwicklung eines schulinternen Curriculums zur Politischen Bildung bieten vielfältige Synergieeffekte. Diese können beispielsweise auch im Kontext des nach Art. 2 Abs. 4 Satz 4 BayEUG zu erstellenden Schulentwicklungsprogramms Berücksichtigung finden:

In einem Schulentwicklungsprogramm bündelt die Schule die kurz- und mittelfristigen Entwicklungsziele und Maßnahmen der Schulgemeinschaft unter Berücksichtigung der Zielvereinbarungen gemäß Art. 111 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Art. 113c Abs. 4; dieses überprüft sie regelmäßig und aktualisiert es, soweit erforderlich. (Art. 2 Abs. 4 Satz 4 BayEUG)

Schulentwicklungsprogramm als wichtiger Beitrag zur Implementierung von Politischer Bildung

Um die Nachhaltigkeit Politischer Bildung zu sichern, können im Schulentwicklungsprogramm neben den hier genannten Entwicklungszielen immer auch mittel- und langfristige sogenannte Erhaltungsziele und geeignete Maßnahmen dazu festgelegt werden.

Darüber hinaus kann sich eine schulische Schwerpunktsetzung im Schulprofil widerspiegeln, indem z.B. eine Weiterentwicklung der Schule durch die systematische Intensivierung und Institutionalisierung politisch bildender Projekte – Arbeitsgemeinschaften und Programme – erfolgt, die von der gesamten Schulfamilie – Schülern, Eltern und Lehrkräften – getragen wird.

4. Das Internet-Portal „Demokratielernen“ und weitere spezifische Online-Angebote

Unterstützungsangebote im Onlineportal Demokratielernen

Online-Unterstützungsportal Demokratielernen

Im vorliegenden Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen sind die Voraussetzungen und Grundlagen einer politisch bildenden Schulkultur erfasst. Um die Schulen bei der Umsetzung des Bildungsziels, die Schülerinnen und Schüler „im Geiste der Demokratie zu erziehen“, zu unterstützen, finden sich in dem vom Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) betreuten Portal „Demokratielernen“ unter der Adresse www.demokratielernen.bayern.de (im Aufbau) Unterstützungsmaterialien. Diese enthalten z. B. Anregungen für den Unterricht, Best-Practice-Beispiele, Verweise auf aktuelle Veranstaltungen und Wettbewerbe zur Politischen Bildung sowie Linklisten. Das Portal dient als praktische Ergänzung zum vorliegenden Gesamtkonzept, um die Kolleginnen und Kollegen aller Unterrichtsfächer zu ermutigen und zu unterstützen, ihren Beitrag zur Demokratieerziehung zu leisten.

Das Portal unterstützt die Demokratieerziehung an Schulen und gliedert sich u. a. in die Handlungsfelder:

- Demokratieerziehung an Schulen
- Schulentwicklung/Schulkultur
- Extremismusprävention/Umgang mit Vorurteilen
- Projekte und Wettbewerbe

Die Sammlung wird erweitert und aktuell gehalten. Schon jetzt sind alle Schulen aufgefordert, Projekte und Unterrichtsplanungen, deren Umsetzung sich an der Schule bewährt haben, zusammen mit dem Namen einer Ansprechpartnerin bzw. eines Ansprechpartners dem ISB zur Präsentation im Portal „Demokratielernen“ zukommen zu lassen.

Kontaktadresse:

Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung
Grundsatzabteilung
Stichwort: „Demokratielernen“
Schellingstraße 155
80797 München
oder digital: demokratielernen@isb.bayern.de

Unterstützungsangebote im LehrplanPLUS: Serviceteil

Unterstützungsangebote im LehrplanPLUS

Auch der LehrplanPLUS (www.lehrplanplus.bayern.de) mit seinem Serviceteil beinhaltet Anknüpfungspunkte sowie weiterführende Informationen und Materialien, wie sich Politische Bildung systematisch im Schulleben implementieren lässt.

Weitere Unterstützungsangebote im Internet

Auswahl von
Online-Angeboten

Auswahl von weiteren Online-Angeboten		
Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration	<ul style="list-style-type: none"> • Antworten auf Salafismus 	http://antworten-auf-salafismus.de/index.php http://www.blz.bayern.de/
Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit	<ul style="list-style-type: none"> • Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit • Zeitschrift „Einsichten und Perspektiven“ online • Publikationsbestellportal • Projekt „Gemeinsam Fairhandeln“ • Auf der Suche und unterwegs • Gedenkstättenpädagogik Bayern 	http://www.blz.bayern.de/ http://www.blz.bayern.de/blz/eup/eup.asp http://www.blz.bayern.de/blz/blz/publikationen.asp http://www.gemeinsam-fairhandeln.de/ http://www.unterwegs.raum-bayern.net/ http://www.gedenkstaettenpaedagogik-bayern.de
Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit/ Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus	<ul style="list-style-type: none"> • Bayern gegen Linksextremismus • Bayern gegen Rechtsextremismus 	https://www.bayern-gegen-linksextremismus.bayern.de https://www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de
ISB	<ul style="list-style-type: none"> • Bausteine interkultureller Kompetenz • EU-Bildungsprogramme • Europa-Portal Demokratieerziehung an Schulen in Bayern • Historisches Forum Bayern • KIDS - Künstler in die Schulen • Leseforum Bayern 	http://www.kompetenz-interkulturell.de/ http://www.eu-bildungsprogramme.info/ http://www.bayern-in-europa.de/ http://www.historisches-forum-bayern.de/ http://www.kuenstler-in-die-schulen.de/ http://www.leseforum.bayern.de

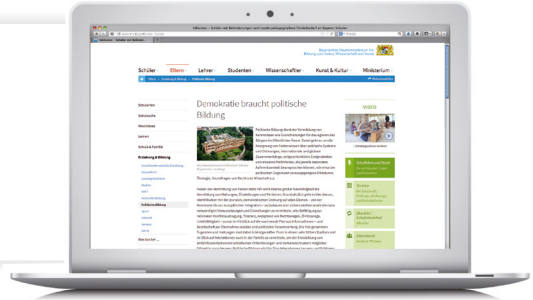
Auswahl von weiteren Online-Angeboten

ISB	<ul style="list-style-type: none"> • mebis – Landesmedienzentrum Bayern • Schüler machen Zeitung • SchulKinoWoche Bayern • SMV-Portal (ab Herbst 2017) • Verbraucherbildung Bayern • Leitfaden Soziales Lernen in der Mittelschule 	<p>http://www.mebis.bayern.de</p> <p>http://www.schuelerzeitung.bayern.de/</p> <p>http://www.schulkinowoche.bayern.de/</p> <p>http://www.smv.bayern.de/</p> <p>http://www.verbraucherbildung.schule.bayern.de</p> <p>https://www.isb.bayern.de/download/19152/soziales_lernen_in_der_mittelschule_05_2016.pdf</p>
Universität Augsburg	<ul style="list-style-type: none"> • Informations-Portal zur Politischen Bildung 	<p>http://www.politische-bildung-bayern.net</p>
Staatliche Schulberatung in Bayern	<ul style="list-style-type: none"> • Extremismusprävention: Regionalbeauftragte für Demokratie und Toleranz 	<p>https://www.schulberatung.bayern.de/schulberatung/bayern/fragen_paed_psy/demokratie_toleranz/</p>
Online-Angebote des Deutschen Bundestags	<ul style="list-style-type: none"> • Deutscher Bundestag • Jugendforum des Deutschen Bundestags „Mitmischen“ • Internetangebot für Kinder (5-11 Jahre) „Kuppelkucker“ 	<p>https://www.bundestag.de</p> <p>http://www.mitmischen.de</p> <p>https://www.kuppelkucker.de/start</p>
Bundeszentrale für politische Bildung	<ul style="list-style-type: none"> • Bundeszentrale für politische Bildung • Euro topics – Europas Presse kommentiert • Fluter – Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung • Hanisauland • Aus Politik und Zeitgeschehen 	<p>http://www.bpb.de</p> <p>http://www.eurotopics.net/de</p> <p>http://www.fluter.de</p> <p>https://www.hanisauland.de</p> <p>http://www.bpb.de/apuz</p>

Auswahl von weiteren Online-Angeboten

Bundeszentrale für politische Bildung	<ul style="list-style-type: none"> • Deutschland Archiv • Informationen zur Politischen Bildung • Infodienst Radikalisierungsprävention 	<p><i>http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/</i></p> <p><i>http://www.bpb.de/lizpb/</i></p> <p><i>http://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/</i></p>
Ufuq e. V.	<ul style="list-style-type: none"> • Portal für Pädagogik zwischen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus – Fachstelle Bayern 	<p><i>http://www.ufuq.de/bayern/</i></p>

► www.km.bayern.de/politische-bildung



Herausgeber

Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Salvatorstraße 2, 80333 München

Diese Broschüre wurde im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst im Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) erarbeitet.

KMBek vom 12. September 2017

Anschrift

Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung
Grundsatzabteilung
Schellingstraße 155
80797 München
Tel.: 089 2170-2238
Fax.: 089 2170-2205
Internet: www.isb.bayern.de

Gestaltung

PrePress-Salumae.com, Kaisheim

Druck

Appel & Klinger Druck und Medien GmbH,
Schneckenlohe

Diese Publikation wurde
auf 100 % Altpapier gedruckt.



Stand

September 2017

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundstags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken

und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



BAYERN | DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung. Unter Telefon 089 122220 oder per E-Mail unter direkt@bayern.de erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.

